

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

8. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

31. Juli 2024 – 11:00 bis 11:58 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU)

CDU

Jennifer Gießler
Tanja Jost
Sebastian Müller (Fulda)
André Stolz

AfD

Klaus Gagel
Andreas Lichert
Lothar Mulch
Pascal Schleich

SPD

Kerstin Geis
Stephan Grüger
Alexander Hofmann (Wiesbaden)
Cirsten Kunz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Miriam Dahlke
Vanessa Gronemann
Kaya Kinkel
Sascha Meier

Freie Demokraten

Oliver Stirböck



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Ilka Heil
 AfD: Axel Lange
 SPD: Raphael Oidtmann
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich
 Freie Demokraten: Mario Klotzsche

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Kaweh Mansoori

StM

HMWVW

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts- bezeichnung	Ministerium, Behörde
Anna Spindler	ROR	HMWVW
PASCAL SANDHEK	RL	" "
R. G. ...		Kasseler ...
Mappert	MDA	HMWVW

Protokollführung: Rebecca Recebs

(Beginn des öffentlichen Teils: 11:02 Uhr)

1. Dringlicher Berichts Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Versetzung der Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia
Messari-Becker in den einstweiligen Ruhestand
– Drucks. [21/907](#) –

Abgeordnete **Kaya Kinkel:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich sagen: Es entspricht auch nicht unseren Idealvorstellungen, dass wir in der dritten Sommerferienwoche zusammenkommen müssen, aber der Herr Minister hat entschieden, dass er seine Staatssekretärin in den Ruhestand versetzen lassen möchte. Dieser Vorgang wirft erhebliche Fragen auf. Die Begründung, die mitgeliefert wurde, ist höchst widersprüchlich. Die entlassene Staatssekretärin hat die Vorwürfe, die ihr gemacht werden, mittlerweile auch abgestritten. Von daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass wir heute hier zusammenkommen, um den Vorgang aufzuklären. Frau Messari-Becker ist eine politische Beamtin, und deshalb ist es ein Fall, der ein hohes öffentliches Interesse hat.

Aus unserer Sicht gibt es natürlich Wichtigeres, um das sich ein Wirtschaftsminister dieser Zeiten kümmern muss. Wir haben den Ausbau des ÖPNVs, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum – viele Baustellen, die Sie angehen müssen. Dass wir uns heute über Personalquerelen austauschen müssen, ist höchst unerfreulich, aber trotzdem notwendig. Aus unserer Sicht unterstreicht das noch einmal den Fehlstart der Landesregierung. Wir bitten Sie wirklich, diesen Vorgang heute aufzuklären, sich nicht hinter den Verfahren zu verstecken, sondern wirklich für Transparenz zu sorgen. Damit möchte ich meine Vorbemerkung schließen.

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill):**

Frau Kollegin Kinkel, jetzt haben Sie die Erklärung, die nach der Beantwortung anstand, vorweggenommen. Ich sage das jetzt einmal so, aber das ist auch alles in Ordnung.

Darf ich dem Minister jetzt das Wort geben, damit er die Fragen, die gestellt sind, beantwortet? Dann kann man ja klären, ob es noch einen weiteren Bedarf gibt.

(Zuruf Abgeordneter Sascha Meier)

– Die Vorbemerkung zur Frage schon, lieber Herr Kollege. Aber wir wollen es auch gar nicht diskutieren; denn diskutieren brauchen wir nicht. Der Minister hat das Wort.

Minister **Kaweh Mansoori:**

Sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich komme zum mündlichen Bericht. Die Fragen liegen Ihnen schriftlich vor, deswegen komme ich direkt zur Beantwortung.



- Frage 1: Wann hat sich der als Entlassungsgrund angeführte Vorfall ereignet?*
- Frage 2: Was genau ist vorgefallen?*
- Frage 3: Seit wann war bzw. durch wen und wie wurde Minister Kaweh Mansoori über den angeblichen Vorfall informiert?*
- Frage 4: Auf hessenschau.de wird berichtet, dass es kein persönliches Gespräch mit dem Minister gegeben und die Staatssekretärin sich nichts vorzuwerfen habe. Wie kam der Minister zu der Einschätzung, dass es sich um ein Fehlverhalten handelte, das eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand rechtfertigt?*
- Frage 5: Aus welchem Grund wird in der Pressemeldung des HMWVW ein nicht näher ausgeführter Vorfall als Begründung für die Entlassung genannt, obwohl politische Beamte nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) ohne Begründung in den Ruhestand versetzt werden können?*
- Frage 6: Seit wann stand der Entschluss des Staatsministers fest, die Zusammenarbeit mit Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker zu beenden?*
- Frage 7: Wann und in welcher Form wurde die Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker über das Ende der Zusammenarbeit informiert?*
- Frage 8: Warum wurde die Öffentlichkeit erst über eine Woche später und auf Druck der Medien und der Opposition über die Entscheidung des Ministers, die Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu lassen, informiert?*

Die Fragen 1 bis 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ich bitte um Verständnis, dass es sich vorliegend im Kern um eine vertrauliche Personalangelegenheit handelt, zu der ich keine weiteren öffentlichen Äußerungen tätigen kann.

- Frage 9: Welche Pensionsansprüche, Ansprüche auf Übergangsgeld oder andere finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus der Amtszeit von Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker für das Land Hessen?*

Gemäß § 4 Hessisches Besoldungsgesetz wird die Besoldung bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand weiter gewährt. Frau Prof. Dr.-Ing. Messari-Becker erhält für den Monat, in dem ihr die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand mitgeteilt worden ist, und für die folgenden drei Monate die Bezüge weiter, die ihr am Tag vor der Versetzung zugestanden haben.

Im Anschluss an diesen Zeitraum greift § 14 Absatz 5 Hessisches Beamtenversorgungsgesetz: Das Ruhegehalt beträgt bei einer in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtin für die Dauer der Zeit, die die Beamtin das Amt, aus dem sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist – hier B 9 –, innehatte, mindestens sechs Monate und höchstens drei Jahre 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

Da Frau Prof. Dr.-Ing. Messari-Becker bei ihrer Inruhestandsversetzung rund sechs Monate im Amt war, werden ihr für rund sechs Monate 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe B 9 gezahlt werden.

Nach Erreichen der Altersgrenze gemäß § 33 Absatz 1 HBG erhält Frau Prof. Dr.-Ing. Messari-Becker einen Feststellungsbescheid über ihre Ruhestandsbezüge. Diese bemessen sich nach § 14 Absatz 1 Hessisches Beamtenversorgungsgesetz nach der ruhegehaltfähigen Dienstzeit. Frau Prof. Dr.-Ing. Messari-Becker war seit dem 6. Februar 2024 im Amt der Staatssekretärin.

Vorher war sie bereits in einem Beamtenverhältnis bei der Universität Siegen tätig. Die Versorgungswartezeit gemäß § 4 Absatz 1 Ziffer 1 Hessisches Beamtenversorgungsgesetz von fünf Jahren ist somit erfüllt, sodass Frau Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker grundsätzlich schon zum Zeitpunkt des Antritts ihres Amtes als Staatssekretärin Anspruch auf Zahlung eines Ruhegehalts erworben hatte.

Für den Zeitraum ihrer Tätigkeit als Staatssekretärin hat sie weitergehend gemäß § 14 Absatz 1 Sätze 1 und 2 Hessisches Beamtenversorgungsgesetz anteilige Ruhegehaltsansprüche erworben. Hiernach beträgt das Ruhegehalt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, bestehend aus Grundgehalt und Familienzuschlag. Diese werden nach den Tagen ihrer Amtszeit berechnet. Aus Gründen des Personendatenschutzes – zu nennen ist der Familienzuschlag – darf hier keine genaue Zahl genannt werden.

Frage 10: Entspricht das Vorgehen der von Staatsminister Kaweh Mansoori ausgelobten „neuen Fehlerkultur“ (dpa-Interview vom 15. März 2024) und dem sich hinter seine Mitarbeiter Stellen und für ihre Fehler Geradestehen?

Frage 10 ist mit Ja zu beantworten.

Frage 11: Berichten zufolge gab es immer wieder auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker und Staatssekretär Umut Sönmez. Waren diese mit ausschlaggebend für die Beendigung der Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker?

Nein, mein Vertrauensverlust ist ausschlaggebend und entscheidungsrelevant.

Frage 12: Wer wird die Verhandlungen zur ÖPNV-Finanzierung weiterführen, bis die Nachfolge geregelt ist?

Die weiteren Verhandlungen zum Abschluss der Finanzierungsvereinbarung 2025 bis 2027 wird Herr Staatssekretär Umut Sönmez führen.

Frage 13: Muss durch die Entlassung der zuständigen Staatssekretärin mit Verzögerungen im Zeitplan der Finanzierungsvereinbarung im ÖPNV gerechnet werden?

Nein, es sind keine Verzögerungen zu erwarten. Die Verhandlungen liegen weiterhin im Zeitplan.

Frage 14: Wann hat das Kabinett oder der Ministerpräsident über die Ruhestandsversetzung entschieden? Wenn noch keine Entscheidung vorliegt: Wann wird sie gefällt?

Der Kabinettsbeschluss wurde am 26. Juli 2024 gefasst.

Frage 15: Gibt es eine Nachfolge, bzw. bis wann wird über eine Nachfolge entschieden?

Eine Nachfolge gibt es zum heutigen Tage nicht. Ich werde Sie jedoch frühestmöglich informieren, sobald ein Name feststeht.

Abgeordnete **Kaya Kinkel:**

Wir hatten ausdrücklich darum gebeten, dass Sie die Chance hier nutzen und den Vorfall, wegen dem es ein hohes öffentliches Interesse gibt, aufklären. Jetzt haben Sie gesagt, es gibt Persönlichkeitsrechte. Aus unserer Sicht sind aber zumindest das Parlament und die Parlamentarier über diesen Vorfall aufzuklären. Deshalb werden wir im Anschluss eine nicht öffentliche Sitzung beantragen, in der Sie diese Gründe schildern können; denn in einer nicht öffentlichen Sitzung ist auch das Persönlichkeitsrecht von Frau Messari-Becker nicht so sehr betroffen, weil daraus nichts nach außen dringen kann.

Wir möchten aber gerne trotzdem noch einmal auf die Punkte eingehen, die Sie gerade genannt haben. Zunächst ist die Frage: Warum ist das Entlassungsverfahren so passiert, wie es passiert ist? Warum enthält diese Pressemitteilung, die Sie herausgegeben haben, einen Grund, weswegen sie entlassen werden soll, obwohl dieser nicht genannt werden muss? Sie hätten einfach sagen können, das Vertrauensverhältnis ist nicht mehr da. Warum haben Sie trotzdem einen Grund genannt? Und zwar einen Grund, der ihr im Nachhinein sehr negativ ausgelegt werden kann und der auch sehr diskreditierend wirken kann.

Dann ist die Frage auch: Gibt es Verfahren, die gerade schon im Gang sind, also gibt es juristische Konsequenzen? Was für ein Verwaltungsverfahren läuft gerade? Aus der Presse war zu entnehmen, dass Frau Messari-Becker um Akteneinsicht gebeten hat. Ist das passiert; hat sie den Vorgang, um den es ging und der ihr vorgeworfen wird, auch einsehen können? Dann ist der Presse auch zu entnehmen, um was für einen Vorgang es sich handelt, nämlich um einen Vorgang aus dem Kultusministerium. Von daher ist es, glaube ich, auch kein Geheimnis, wenn man das hier noch einmal anspricht.

Abgeordneter **Klaus Gagel:**

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung anlässlich der Versetzung von Frau Messari-Becker einen Grund genannt. Mir geht es nur darum, das einzugrenzen; unabhängig davon, was die Presse berichtet hat. Können Sie hier heute definitiv eine Straftat als Grund für die Entlassung von Frau Messari-Becker ausschließen?

Abgeordneter **Sascha Meier:**

Ich würde gerne wissen, ob es einen offiziellen Vorgang beim HKM oder irgendwelche Beschwerden von Lehrerinnen und Lehrern gibt, und ob die dokumentiert worden sind. Es müsste an der Stelle eine Art Vorgangsnummer oder einen Vorgang geben.

Abgeordneter Oliver Stirböck:

Es hat offensichtlich vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand kein klärendes Gespräch gegeben. Die Frage ist: Warum waren Sie, Herr Staatsminister, davon überzeugt, dass die Vorwürfe, die im Raum stehen, stimmen? War das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und der Staatssekretärin im Vorfeld intakt, und war das Vertrauensverhältnis zwischen Ihrem Staatssekretär Sönmez und der Staatssekretärin im Vorfeld des Vorfalles intakt?

Abgeordneter Andreas Lichert:

Offenkundig war das jetzt eine sehr kurzfristige Aktion. Das persönliche Gespräch, was scheinbar geplant war, konnte nicht stattfinden. Woraus ergibt sich denn die Eilbedürftigkeit? Aus unserer Sicht wäre viel von dem Kollateralschaden, der jetzt droht, vermeidbar gewesen, wenn man in einem geregelten Verfahren – dann eben etwas später, nach der Genesung der ehemaligen Staatssekretärin – diese Gespräche geführt hätte. Dann hätte das möglicherweise insgesamt die Wogen doch deutlich geglättet. Sie haben bewusst ein anderes Verfahren gewählt – mit dem Schwerpunkt auf Zeit, es musste schnell gehen. Woraus ergab sich diese – in Anführungszeichen – „Gefahr im Verzug“, dass Sie die Geschwindigkeit priorisiert haben?

Minister Kaweh Mansoori:

Zunächst ist nach den Gründen für die Erklärung gefragt worden: Ich habe die Erklärung vor dem Hintergrund des Interesses der Öffentlichkeit bewusst umfangreich gehalten. Es bleibt aber dabei, dass es sich im Kern um eine Personalangelegenheit handelt und dass ich deswegen über die Erklärung hinaus keine öffentlichen Ausführungen machen kann.

Es ist nach der rechtlichen Aufarbeitung gefragt worden – es waren mehrere Fragen, die in die Richtung gingen –: Hierzu findet schriftlicher Austausch mit Frau Messari-Becker statt.

Dann ist nach dem Vertrauensverhältnis gefragt worden und den Abläufen, Gesprächen, die stattgefunden haben. Ich kann bestätigen, dass Gespräche mit Frau Messari-Becker stattgefunden haben. In der Erklärung war die Rede von dem finalen Gespräch zur Besprechung der Abläufe. Dieses konnte nicht stattfinden, aber Gespräche zum Sachverhalt haben sehr wohl stattgefunden. Nach diesen Gesprächen konnte das gestörte Vertrauensverhältnis auch nicht wiederhergestellt werden. Vor diesem Hintergrund habe ich den Ministerpräsidenten gebeten, die frühere Staatssekretärin in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Abgeordneter Oliver Stirböck:

Ich muss noch einmal fragen: Wurde das Vertrauensverhältnis erst durch den Vorfall gestört, oder war das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und der Staatssekretärin bzw. zwischen Herrn Staatssekretär Sönmez und der Staatssekretärin schon vorher gestört?

Abgeordnete Kaya Kinkel:

Hatte sie denn überhaupt die Möglichkeit, Stellung zu beziehen zu den Vorwürfen, die ihr gemacht werden? Wenn ja, hat sie die auch zugegeben oder hat sie die abgestritten? – Denn im Nachhinein sagt sie ja, sie wurden abgestritten und das Gespräch hat nicht stattgefunden.

Dann ist die große Frage: Ist sie jetzt schon im Ruhestand, oder ist sie noch Staatssekretärin? Sie sagten, der Kabinettsbeschluss ist gefasst. Aber diese Urkunde muss auch ausgehändigt werden. Ist sie noch Staatssekretärin oder nicht?

Die Frage zum HKM, ob es einen offiziellen dokumentierten Vorgang gibt zu den Vorwürfen, die ihr gemacht werden, die hatten sie jetzt nicht beantwortet.

Amtierender Vorsitzender J. Michael Müller (Lahn-Dill):

Sie müssen sich nur alle miteinander entscheiden – der Minister hat ja gesagt, in der Öffentlichkeit sagt er manches nicht – und ihre Fragen selbst differenzieren – das steht mir nicht zu –, damit wir zumindest in eine Aufklärungssituation kommen.

Abgeordnete Vanessa Gronemann:

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung vor allem mit bestimmten Werten und Ansprüchen argumentiert. Da würde mich interessieren: Können Sie diese Werte näher ausführen – welche Werte, welche Ansprüche stellen Sie an Ihre engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Vielleicht sagen Sie auch, ob ihr verbliebener Staatssekretär diese auch jederzeit erfüllt.

Sie haben mit dem Begriff „nicht hinnehmbares Fehlverhalten“ ebenfalls argumentiert. Können Sie Beispiele nennen, was das bedeutet und was dazu gehört oder nicht?

Dann noch einmal die Frage in Bezug auf die Fehlerkultur. Im Prinzip geht es bei Fehlerkultur auch darum, zu sagen: Es gibt Fehler, die gemacht werden. Die Frage ist immer, wie man mit diesen Fehlern umgeht, die gemacht worden sind. Warum gab es keine zweite Chance für Frau Messari-Becker?

Minister Kaweh Mansoori:

Es ist in mehreren Fragen das Arbeitsverhältnis in der Hausleitung angesprochen worden. Ich kann sagen: Das Arbeitsverhältnis in der Hausleitung war in den letzten Monaten professionell, aber das Vertrauensverhältnis konnte auch nach den Gesprächen mit Frau Messari-Becker nicht wiederhergestellt werden. Deswegen habe ich den Ministerpräsidenten um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gebeten. Gespräche unterstellt, dass immer mehrere Seiten auch etwas zu einem Sachverhalt sagen können.

Was die Zustellung der Urkunde betrifft: Das ist ein Verfahren, das bei der Staatskanzlei liegt. Nach meinen Informationen ist die Urkunde zugestellt. Ich habe in der vorherigen Antwortrunde

auch schon darauf hingewiesen, dass ein schriftlicher Austausch mit Frau Messari-Becker stattfindet. Wir leben in einem Rechtsstaat, alles kann überprüft werden – wir sind in der Lage, den Vertrauensbruch zu dokumentieren. Aber ich werde hierzu keine weiteren Ausführungen machen.

Was das Thema Fehlerkultur betrifft: Fehlerkultur wird bei uns im Ministerium gelebt. Fehler können angesprochen werden, Fehler können aufgearbeitet werden. Es gibt Fehler, die gehen, und es gibt Fehler, die nicht gehen. Es gibt zweite Chancen, aber in diesem Fall ist es so gewesen, dass das Vertrauensverhältnis nicht wiederhergestellt werden konnte durch die Gespräche, die geführt wurden.

(Abgeordnete Kaya Kinkel: Frage zum HKM?)

– Ich bin der Wirtschaftsminister, nicht der Kultusminister.

Abgeordneter **Klaus Gagel**:

Eine Frage zu dem gestörten Vertrauensverhältnis: Hat das gestörte Vertrauensverhältnis bzw. der Vorfall, der beschrieben wird, politische Gründe?

Minister **Kaweh Mansoori**:

Sosehr ich es bedauere, Herr Abgeordneter: Es handelt sich im Kern um eine Personalangelegenheit, und ich werde darüber hinaus keine weiteren öffentlichen Ausführungen zu dem Sachverhalt machen.

Abgeordnete **Vanessa Gronemann**:

Herr Minister, ich hatte Sie gefragt, was diese Werte und Ansprüche eigentlich sind – das gehört zu der Frage der Amtsführung –, also was Ihr Begriff von einer ordentlichen Amtsführung ist. Deshalb würde ich Sie bitten, das noch einmal auszuführen.

Abgeordneter **Stephan Grüger**:

Zunächst einmal vielen Dank an den Minister für die Beantwortung der Fragen, die zum Teil auch suggestiv waren. Ich denke, der Opposition sollte langsam klar werden, dass das hier ein Sturm im Wasserglas ist und zum Teil an den Haaren herbeigezogen.

Die GRÜNEN haben unter ihren Fragen selbst formuliert: Ist das Vertrauensverhältnis gestört, kann das Arbeitsverhältnis beendet werden. Genau das hat der Minister erklärt: Das Vertrauensverhältnis ist gestört, das Verhältnis wurde beendet. Insofern ist die Sache völlig klar, rechtlich eindeutig und völlig sauber. Alles andere, was jetzt hineingedeutet wird, ist Hörensagen und Vermutungen und bedarf daher eigentlich keiner Beratung.

Abgeordneter Andreas Lichert:

Wir erinnern uns – schon allein, weil es noch nicht so lange her ist – an Ihre Elogen, Herr Minister, auf die Staatssekretärin. Ihre unbestrittene fachliche Expertise wurde hervorgehoben. Das war hoffentlich kein Versehen vor dem Hintergrund der Zielsetzung, dass Sie natürlich auch diese frischen Ideen, diese Expertise, diese Kompetenz von außen in das Kabinett holen wollten. Jetzt haben wir – ausweislich der konkreten Gesetzesinitiative – von dieser ausgewiesenen Kompetenz noch nicht sehr viel sehen können.

Daher meine Frage: Welche grundsätzlichen Initiativen, die wirklich neuen frischen Wind in die durchaus dramatische Lage im Bereich des Wohnungsbaus – auch hier in Hessen – hätten bringen können, konnte die Staatssekretärin wenigstens anstoßen? Könnten Sie dafür Beispiele nennen? Welche Impulse konnte die Staatssekretärin geben, inwieweit ist ihre ausgewiesene Expertise in die Arbeit des Kabinetts eingeflossen?

Amtierender Vorsitzender J. Michael Müller (Lahn-Dill):

Herr Kollege Lichert, Sie erlauben mir den Hinweis: Das verlässt das Thema des Berichtsantrags. Da müssten Sie den Bezug noch irgendwie herstellen wollen. Ich will nur darauf hinweisen.

Abgeordneter Oliver Stirböck:

Herr Kollege Grüger, spannende Einlassung: Sturm im Wasserglas. Es ist aber ein einmaliger Vorgang, dass angesehene Wissenschaftler, Menschen aus der Wirtschaft in einem offenen Brief starke Zweifel an der Schilderung des Wirtschaftsministers ausgedrückt haben. Das waren nicht irgendwelche Krethi und Plethi, sondern es waren namhafte Personen. Vor dem Hintergrund ist es wichtig, dass wir diesen Vorgang in aller Deutlichkeit hinterfragen.

Wer eben Minister Mansoori zugehört hat, als er auf die Frage des Vertrauensverhältnisses vor dem Vorfall einging, wird festgestellt haben, dass er nur geantwortet hat, es habe vorher ein professionelles Verhältnis gegeben. Zwischen einem professionellen Verhältnis und einem Vertrauensverhältnis gibt es doch starke Unterschiede, und das nährt die Vermutung, dass es gegebenenfalls auch andere Gründe gegeben hat als die vorgegebenen.

Abgeordneter Andreas Lichert:

Herr Vorsitzender, da muss ich Sie schweren Herzens ein wenig korrigieren; denn der Berichts-antrag der GRÜNEN soll nach meinem Verständnis die Hintergründe dieser Personalentscheidung ausleuchten. Wir kennen jetzt die Position des Ministers, dass er inhaltlich nicht darauf eingehen will. Aber ein Stück weit hat der Kollege Stirböck natürlich schon den Finger in die Wunde gelegt. Nämlich: Gibt es möglicherweise andere Hintergründe als das Geraune, was zurzeit stattfindet? Denn nach meinem Kenntnisstand ist es nur ein Pressebericht, der einen konkreten Vorfall zum Gegenstand hat. Wir wissen es tatsächlich nicht.

Meine Frage zielt darauf, ob es auch inhaltliche Gründe geben könnte. Um es noch ein bisschen auszuschmücken und vielleicht griffiger zu machen: Wenn ein ausgewiesener Experte von außen Teil eines Kabinetts wird, dann ist das auf vielen Seiten mit hohen Erwartungen verbunden. Wenn – aus welchen Gründen auch immer – diese Erwartungen einfach nicht eingelöst werden können, dann löst das natürlich Spannungen aus. Ich möchte verstehen, ob es dieser ausgewiesenen Expertin möglich war, diese Kompetenz im Kabinett – salopp gesagt – auf die Straße zu bringen. Das möchte ich gerne wissen. Wenn der Minister möchte, kann er das – ohne, dass es irgendwelche Konflikte mit dieser konkreten Falllage gibt – beantworten, und darum bitte ich.

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**:

Sie haben die Frage auf den Bezug gerichtet: Gibt es inhaltliche Gründe? Das haben wir jetzt, glaube ich, alle verstanden.

Abgeordneter **Klaus Gagel**:

Meine Frage geht in die gleiche Richtung, wie Herr Lichert eben schon formuliert hat. Mir geht es ein bisschen um den Blick in die Zukunft; denn die Landesregierung hat sich zu Beginn der Wahlperiode selbst dafür gelobt, dass Fachkompetenz in Form von Frau Messari-Becker in das Kabinett berufen wurde. Diese Fachkompetenz geht jetzt offensichtlich – für jeden sichtbar – verloren.

Die hessische Öffentlichkeit hat schon ein Anrecht darauf, zu wissen, was die Landesregierung in Zukunft plant, wenn diese Fachkompetenz nicht mehr da ist. Insofern wäre die Frage des geplanten Ersatzes, ob es einen Ersatz gibt, und dann natürlich auch die Frage nach der inhaltlichen Zielsetzung der politischen Schwerpunkte im Bereich Verkehr und Wohnen.

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**:

Es gilt das Gleiche wie zuvor, aber sei's drum.

Abgeordnete **Miriam Dahlke**:

Ich frage mich schon, warum Sie in dem Pressestatement so schwerwiegende und undeutliche Andeutungen gemacht haben, die rund um diesen Vorgang jetzt im Raum stehen, und damit die Öffentlichkeit auch darauf hingewiesen haben, dass da etwas ist. Dann hätten wir schon die Erwartung gehabt, dass Sie in einer öffentlichen Sitzung dazu etwas sagen – sei es zum Beispiel über die Zeitabläufe oder so, es ist ja nicht hoch geheim. Wenn Sie das hier in der öffentlichen Sitzung nicht wollen, können wir gerne gleich im nicht öffentlichen Teil noch einmal darauf zurückkommen.

Ich will die Frage von Frau Gronemann nach den Werten aufgreifen. Die ist meiner Meinung nach nicht von diesem Persönlichkeitsrecht betroffen, sondern es ist eine allgemeine Frage, die Ihre Amtsführung betrifft. Sie sprechen von den Werten, die Sie haben; den Ansprüchen, die Sie an Ihre engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Da hatte Frau Gronemann explizit gefragt,

welche das sind – das ist eine allgemeine Frage, die in diesem Komplex gestellt werden kann und die ich hier gerne noch einmal stellen würde, weil Sie sie nicht beantwortet haben – und ob die auch jederzeit erfüllt werden von Ihren engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere des Staatssekretärs Sönmez.

Ich habe dann noch Nachfragen zur Frage 9, da ging es um die Kosten. Sie haben gesagt, die Besoldung wird in dem Monat jetzt weiter gewährt und noch drei Monate – habe ich das richtig verstanden? Warum gibt es nicht direkt die Übergangsbezüge, sondern noch diese drei Monate?

Mich würde noch interessieren: Kann die ehemalige Staatssekretärin zurück an die Uni Siegen, und hat das einen Einfluss auf ihre Versorgungsbezüge, da sie da dann weiter Beamtin ist. Kann sie wieder an die Uni zurück? Wissen Sie, ob sie für die Dauer, die sie eigentlich beurlaubt war, erst mal nicht zurückkann? Was ist jetzt mit der Rückkehr an die Uni Siegen, und gibt es hier Einflüsse auf ihre Versorgungsansprüche in Hessen?

Minister Kaweh Mansoori:

Zu der mehrfach gestellten Frage nach den Werten: Die Frage zielt offensichtlich darauf ab, die näheren Hintergründe des gestörten Vertrauensverhältnisses auszuleuchten. Hierzu habe ich bereits alles gesagt. Wenn Sie die Erklärung verfolgen – es ist auch nach der fachlichen Eignung gefragt worden –, wird die fachliche Eignung nicht grundsätzlich infrage gestellt. Hierzu hatte ich mich bereits öffentlich geäußert.

Es ist von Ihnen, Herr Abgeordneter Stirböck, nach dem offenen Brief gefragt worden, den Sie interpretiert haben. Hier ist darauf hinzuweisen, dass natürlich für die Verfasser des offenen Briefs das nicht gilt, was ich ausgeführt habe: nämlich, dass es sich für mich um eine im Kern vertrauliche Personalangelegenheit handelt.

Dann ist gefragt worden, ob es inhaltliche Differenzen gegeben hat. Hierzu hatte ich bereits ausgeführt, dass das Arbeitsverhältnis in der Hausleitung professionell gewesen ist. Die inhaltliche Ausrichtung des Ministeriums ergibt sich in erster Linie aus dem Koalitionsvertrag. Wie wir den Koalitionsvertrag umsetzen, ist in offenen Gesprächen immer in der Hausleitung besprochen worden und am Ende letztverbindlich von mir als Minister entschieden worden.

Auch in Zukunft ist sichergestellt, dass wichtiger externer Sachverstand in unsere Arbeit einfließt. Zu nennen ist beispielsweise der Industrie-Trialog, wo Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der IHK und der Gewerkschaften mit dabei sind. Zu nennen ist die von mir eingesetzte Kommission „Innovation im Bau“, die zum Ziel hat, zeitnah nach dem Vorbild des Landes Niedersachsen und des Landes Bayern eine umfangreiche Überarbeitung des Baurechts vorzunehmen, damit schneller gebaut werden kann. An dieser Kultur des offenen Austauschs mit Expertinnen und Experten wird auch von mir weiterhin festgehalten.

Dann ist von Ihnen, Frau Abgeordnete Dahlke, gefragt worden, ob es eine Rückkehrmöglichkeit an die Uni Siegen gibt. Ich kann mich nicht näher dazu äußern, aber das Beamtenverhältnis ruhte meines Wissens, also eine Rückkehr ist grundsätzlich möglich. Welche Auswirkungen das im

Detail auf das Ruhegehalt hat, dazu kann ich aus dem Stand nichts sagen. Die zuständige Dienststelle ist die Staatskanzlei, diese Information könnten wir bei Bedarf nachreichen.

Abgeordneter Lothar Mulch:

Ich beziehe mich auf den Wortbeitrag des Kollegen Grüger, der sagte, dass alles so ganz sauber gelaufen sei. Was mich, ebenso wie die Kollegin Kinkel von den GRÜNEN und andere auch, stört, ist der Modus Operandi: Herr Staatsminister, Sie hatten die Möglichkeit, die Versetzung ohne eine Begründung vorzunehmen. Aber genau das haben Sie nicht getan. Sie haben angedeutet, dass es sehr wohl Gründe oder einen Grund in Form eines Vorfalls gibt oder gegeben hat, aber die Katze haben sie nicht aus dem Sack gelassen. Eine solche Vorgehensweise birgt die Gefahr, dass jemand beschädigt wird. Und das ist meiner Ansicht nach, Herr Kollege Grüger, alles andere als sauber.

Abgeordneter Oliver Stirböck:

Sie hatten ausgeführt, dass Sie nach dem Vorfall Gespräche geführt haben. Wie viele Gespräche waren das? Wann waren diese Gespräche? Warum wurde das finale letzte Gespräch nicht abgewartet? Die Eilbedürftigkeit habe ich immer noch nicht verstanden.

Abgeordnete Kaya Kinkel:

Es ist natürlich klar, dass zwei Staatssekretäre in einem Ministerium gut zusammenarbeiten müssen, um bei Themen, die anliegen, zu einer guten Lösung zu finden. Es ist kein Geheimnis, dass diese beiden Staatssekretäre, die Ihnen unterstellt sind bzw. waren, eben kein gutes Verhältnis zueinander hatten. Die Frage ist: Kam es zu einem offenen Streit zwischen beiden Staatssekretären? Worum gingen die Meinungsverschiedenheiten? Es wurde auch in der Presse schon mehrmals darüber geschrieben. Stimmt es auch, dass Herr Staatssekretär Sönmez Entscheidungen, die Frau Messari-Becker getroffen hat, im Nachhinein wieder zurückgeholt oder verändert hat? Trifft es auch zu, dass es vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium Streitereien gab? Auch das wurde in der Presse berichtet.

Die Frage ist, wie dieses Verhältnis beider Staatssekretäre zueinander war. Wenn es dort schon vorher Streit gab: Was war Ihre Rolle? Sie als Minister haben doch die Aufgabe, dass Ihre beiden Staatssekretäre gut miteinander umgehen, dass sie auf Augenhöhe miteinander arbeiten. War es für Sie in Ordnung, dass ein Staatssekretär in die fachliche Zuständigkeit der anderen eingegriffen hat, und wenn nicht, was haben Sie dagegen getan?

Dann will ich noch einmal darauf eingehen, was wir gestern gelesen haben: die Stellungnahme der Jury des Vordenker Preises. Auch sie haben Frau Messari-Becker noch vor zwei Monaten in den höchsten Tönen gelobt, das ist noch gar nicht lange her. Auch die Jury wirft Ihnen vor, dass Sie jetzt den – in Anführungszeichen – „untadeligen Ruf“ von Frau Messari-Becker, so wurde es zitiert, beschädigen werden. Das sehe ich auch als großes Problem; denn was Sie in Ihrer Pressemitteilung gemacht haben, ist, dass Sie Vorwürfe in den Raum gestellt haben, die moralisch

argumentiert wurden und am Ende dazu führen, dass ihr Ruf geschädigt wurde. Da würde mich interessieren, warum Sie so etwas machen, wenn Sie doch so hohe Ansprüche an Werte haben. Legen Sie diese nicht an sich selber an, dass Sie so etwas nicht auch machen?

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**:

Ein Teil der Fragen war übrigens beantwortet, ich will nur darauf hinweisen.

Minister **Kaweh Mansoori**:

Es gab Berichterstattung, wenn Sie die Zeitabläufe zugrunde legen, zu denen ich schon ausgeführt habe. Vor meiner Bitte an den Ministerpräsidenten, die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand vorzunehmen, war ich der Auffassung, dass es ein öffentliches Interesse gibt, mehr über das gestörte Vertrauensverhältnis zu erfahren. Deswegen habe ich die Erklärung genau so verfasst, wie ich sie verfasst habe. In der Erklärung war auch festgehalten, dass ich die grundsätzliche fachliche Eignung nicht infrage stelle, aber das Vertrauensverhältnis war auch nach den Gesprächen nicht wiederherzustellen.

Was die Zusammenarbeit im Ministerium betrifft: Wir haben acht Abteilungen. Beide Staatssekretäre, Staatssekretärinnen sind für jeweils vier Abteilungen zuständig. Wir haben allerdings eine Aufteilung zwischen Amtschef und einem weiteren Staatssekretär. Das sagt auch etwas darüber aus, wie ich das Haus geführt haben will. Am Ende werden die Entscheidungen in der Entscheidungskette letztverbindlich von mir getroffen. Wenn ich der Auffassung bin, dass ich Entscheidungen von Staatssekretären revidiere, dann revidiere ich sie – das ist in jedem anderen Ministerium auch so.

(Abgeordnete Kaya Kinkel: Sie oder der Staatssekretär?)

Abgeordneter **Oliver Stirböck**:

Zu den Zeitpunkten und zur Anzahl der Gespräche zu dem Vorfall und was die Eilbedürftigkeit betrifft, haben Sie eben keine Auskunft gegeben.

Minister **Kaweh Mansoori**:

Herr Abgeordneter Stirböck, ich habe ausgeführt, es hat Gespräche gegeben. Nach den Gesprächen war das Vertrauensverhältnis nicht wiederherzustellen, und dann habe ich entschieden.

Abgeordneter **Oliver Stirböck**:

Aber Sie sagen selbst, dass ein offensichtlich geplantes letztes Gespräch wegen der Krankheit nicht stattgefunden hat. Was war die besondere Eilbedürftigkeit, dass es – eine Corona-Erkrankung war es wohl, die dauert ja keine vier Wochen, wissen wir bekanntlich – unbedingt in dieser

Zeit geschehen musste und dass das letzte Gespräch, was vielleicht die Möglichkeit gegeben hätte, das Vertrauen wiederherzustellen, nicht stattgefunden hat?

Minister **Kaweh Mansoori**:

Herr Abgeordneter Stirböck, noch einmal: Es gab Gespräche, und wie Sie der Erklärung entnehmen können, habe ich der früheren Staatssekretärin auch mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit nicht wieder fortgesetzt wird. Dieses finale Gespräch diente lediglich dem Zweck, den weiteren Fahrplan miteinander zu besprechen. Das war durch die Zeitabläufe nicht mehr möglich, was ich bedauere. Ich habe dazu in der Erklärung auch ausgeführt, dass ich grundsätzlich das persönliche Gespräch vorziehe. Das hätte allerdings an meiner Entscheidung nichts geändert. Dieses persönliche Gespräch kann immer noch stattfinden, aber es wird immer noch nichts an meiner Entscheidung verändern.

Abgeordnete **Miriam Dahlke**:

In Anbetracht der Debatte, die sich jetzt nach dieser Pressemitteilung entwickelt hat: Würden Sie die Pressemitteilung heute noch einmal so machen – auch im Hinblick auf die Rufschädigung, die damit für die Staatssekretärin einhergegangen ist?

Abgeordneter **Klaus Gagel**:

Herr Minister, Sie erwähnten den Koalitionsvertrag. War die Umsetzung des Koalitionsvertrags – bezogen auf Ihr Ministerium – durch Frau Staatssekretärin Messari-Becker gefährdet?

Minister **Kaweh Mansoori**:

Es ist nach der Pressemitteilung gefragt worden: Ich wäge meine Worte in der Regel bedacht ab. Ich habe meine Gründe gehabt, warum ich die Erklärung so verfasst habe. Was die Umsetzung des Koalitionsvertrags betrifft, kann ich bestätigen, wir sind im Zeitplan.

Abgeordneter **Oliver Stirböck**:

Sie haben jetzt mehrfach erwähnt, das Vertrauensverhältnis sei nicht mehr da gewesen. Warum haben Sie in der Pressemitteilung nicht einfach von einem gestörten Vertrauensverhältnis gesprochen, sondern stattdessen von persönlichem Fehlverhalten, was in der Tat deutlich rufschädigender und deutlich wertender ist.

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**:

Ich weise nur mal darauf hin: Die Frage ist jetzt in unterschiedlicher Form mehrfach gestellt worden, und der Staatsminister hat tatsächlich auch beantwortet, warum er das gemacht hat. Wir müssen Fragen nicht „triplen“. Wenn Sie antworten möchten, Herr Staatsminister, können Sie das selbstverständlich.

(Abgeordneter Oliver Stirböck: Das entscheiden wir aber noch, Herr Vorsitzender!)

– Ich weise darauf hin.

Minister **Kaweh Mansoori**:

Herr Abgeordneter, noch einmal: Es gab eine öffentliche Debatte mit viel Geraune. Ich war der Auffassung, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, mehr über das gestörte Vertrauensverhältnis zu erfahren. Deswegen habe ich die Erklärung so verfasst, wie ich sie verfasst habe.

Amtierender Vorsitzender **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**:

Ich sehe jetzt keine Fragen mehr. Beantragt ist, in nicht öffentlicher Sitzung fortzusetzen. Das habe ich so aufgenommen. Dann würde ich die Öffentlichkeit bitten, uns alleine verhandeln zu lassen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag, und bleiben Sie alles gesund.

(Schluss des öffentlichen Teils: 11:41 Uhr
– folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)

Wiesbaden, 13. August 2024

Protokollführung:

Vorsitz:

Rebecca Recebs

J. Michael Müller (Lahn-Dill)